

Summary

14. Mai 2019

oiiip Österreichisches Institut
für Internationale Politik
Austrian Institute for
International Affairs

Heinz Gärtner Lecture

The Domestic Determinants of US Foreign Policy, or Why Europeans Don't Understand Americans (But Think They Do)

Eine Veranstaltung im Rahmen der Kooperation mit dem
Bundesministerium für Landesverteidigung.

Zusammenfassung erstellt von: Daniela Hinderer

Keywords: USA, Außenpolitik, Donald Trump, Isolationismus,
Interventionismus, transatlantische Beziehungen

Keynote:

Prof. Dr. Dan Hamilton

Austrian Marshall Plan Foundation Professor

Gründungsdirektor des Center for Transatlantic Relations der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies (SAIS), Johns Hopkins University, Washington DC

Moderation:

Dr. Caspar Einem, Präsident oiip

Einführende Worte:

Univ.-Prof. Dr. Saskia Stachowitsch, Wissenschaftliche Direktorin oiip

Veranstaltungsort:

Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4

1031 Wien



Executive Summary

Dan Hamilton von der renommierten Johns Hopkins Universität nahm die sich wandelnden Beziehungen zwischen Europa und den USA unter Donald Trump zum Anlass, im Rahmen der diesjährigen Heinz-Gärtner-Lecture zu erläutern, wie die innenpolitischen Debatten der USA die US-Außenpolitik und damit Europa beeinflussen. Hamilton adressierte mit seiner Keynote Speech den Wunsch der EuropäerInnen, zu verstehen, warum Donald Trump mit seiner Isolationsstrategie vom bisher interventionistisch ausgerichteten außenpolitischen Kurs der USA abgeht. Da außen- und innenpolitische Denktraditionen in den USA eng miteinander verknüpft sind, setzt ein Verständnis der US-Außenpolitik voraus, dass auch die inneren Strukturen der USA verstanden werden. Ein grundlegendes Verständnis der historischen Kontexte und Ideologien, welche die Politik der USA bestimmen, ist dabei maßgeblich. Hamilton erläuterte diese anhand der vier Denkschulen des Wilsonismus, Hamiltonismus, Jeffersonianismus und Jacksonianismus und zeigte, wie diese das Handeln der vergangenen und des aktuellen US-Präsidenten beeinflussten.



Wofür stehen die USA? 4 Denkrichtungen als Orientierungshilfe für Europa

Dan Hamilton stellte vier die Innenpolitik der USA bestimmende Denkrichtungen vor, die helfen sollen zu verstehen, wie sich die AmerikanerInnen selbst sehen und wie sie auf Basis dieses Selbstverständnisses handeln. Benannt sind diese Denkrichtungen nach US-amerikanischen Präsidenten, die Traditionen gehen aber weit über diese Personen hinaus. Auch sind die Strömungen nicht notwendigerweise einer bestimmten politischen Partei zuzuordnen, sondern parteienübergreifend bestimmend. Was alle Denkrichtungen eint? Die Überzeugung, dass die USA eine ganz besondere Nation ist, ein Land, das in der übrigen Welt eine herausragende Stellung einnimmt. Sie unterscheiden sich aber in ihren Einschätzungen, wie diese besondere Stellung genutzt werden soll, ob in andere Länder interveniert oder das Hauptaugenmerk auf das Wohl der US-BürgerInnen gerichtet werden soll.

Wilsonians und Hamiltonians. Auf dem Kreuzzug für eine bessere Welt

Die „Wilsonians“, benannt nach Woodrow Wilson, Präsident der USA zu Zeiten des 1. Weltkriegs, und „Hamiltonians“, benannt nach Alexander Hamilton, einem der „Gründerväter“ der Vereinigten Staaten, hatten während der letzten 70 Jahre einen bedeutenden Einfluss auf die Außenpolitik der USA. Mit einem stark nach außen gewendeten Blick wollten sowohl „Wilsonians“ als auch „Hamiltonians“ den Rest der Welt transformieren und betrachteten dies auch als moralische Pflicht der USA.

„Wilsonians“ sind der Überzeugung, dass eine erstrebenswerte Weltordnung nur durch die Etablierung von Demokratien in möglichst vielen Ländern der Welt erreicht werden kann. Sie sehen sich als „Kreuzritter“ der Demokratisierung, sind dabei aber keinesfalls nur friedlich unterwegs, sondern beteiligen sich – legitimiert durch die Berufung auf eine moralische Verpflichtung – bewusst an Kriegen. Das Bestreben der Clinton-Administration, die Länder der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges zu demokratisieren, kann als ein Beispiel für diese Denkrichtung angesehen werden. Jedoch sind die USA selbst nicht in allen Bereichen vollständig demokratisch organisiert und Probleme wie die Diskriminierung von AfroamerikanerInnen bleiben bestehen. Dieser Widerspruch führt dazu, dass die USA vom Rest der Welt oftmals als scheinheilig angesehen und dafür kritisiert wird, nicht nach den eigenen Idealen zu leben.

Die zweite Denkrichtung hingegen, die „Hamiltonians“, setzen auf eine von der Wirtschaft dominierte Weltordnung. Nach dem Kollaps des Britischen Empires sehen sie es als die Pflicht der USA an, diese Weltordnung aufrechtzuerhalten. Außenhandelsbeziehungen werden als der Schlüssel zu internationalem Frieden angesehen. Internationale Beziehungen sollen geordnet werden, Wettbewerb reguliert. Die WTO wird als das prominenteste Resultat dieser Denkrichtung angesehen. Trotz unterschiedlichem Fokus auf wirtschaftliche statt politische Ausweitung ist diese Tradition aber nicht weniger nach außen gerichtet als der Wilsonismus.

Jeffersonians und Jacksonians: America First

Die beiden anderen Denkrichtungen, „Jeffersonians“ und „Jacksonians“, haben sich zum Ziel gesetzt, die Einzigartigkeit der USA, die sich als Nation von den üblichen Normen und Konventionen der restlichen Welt abheben, für das Land selbst zu nutzen und sind deshalb perspektivisch nach innen gerichtet.

„Jeffersonians“, benannt nach Thomas Jefferson, einem der Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung, sind der Meinung, dass die USA nicht in die Welt hinausgehen sollten, bevor das „Amerikanische Experiment“ im eigenen Land nicht selbst funktioniert. Erst wenn die USA es schaffen, ihren eigenen Ansprüchen an Demokratie gerecht zu werden, kann auch der Rest der Welt die Außergewöhnlichkeit der USA erkennen. „Jeffersonians“ sind auch der Meinung, dass eine zu starke Konzentration von Macht im Amt des Präsidenten durch das System der Gewaltenteilung vermieden werden sollte. „Jeffersonians“ waren vor allem unter den GegnerInnen des Vietnam-Krieges vertreten.

Für die letzte Denkrichtung, die „Jacksonians“, benannt nach Andrew Jackson, dem 7. Präsidenten der USA, ist die nationale Souveränität der USA und das Wohlergehen der AmerikanerInnen absolute Priorität. Jackson war laut Hamilton ein Populist, der im Namen der „kleinen Leute“ die Wahlprivilegien für Landbesitzer abschaffte. Beliebt war er unter den AmerikanerInnen auch deshalb, weil er durch den Indian Removal Act 1830 die indigene Bevölkerung aus dem Osten in den Westen des Landes verbannte. In der Tradition Jacksons sehen die „Jacksonians“ das Recht Waffen zu tragen als wichtigen Aspekt des unabdingbaren Rechts der AmerikanerInnen an, sich selbst zu verteidigen. „Jacksonians“ setzen auf ein starkes Militär. Sie sind aber weitgehend gegen militärisches Engagement im Ausland – solange die USA nicht bedroht werden. Sobald sich „Jacksonians“ aber bedroht fühlen, sehen sie es als ihre Aufgabe an, die USA zu verteidigen – und zwar bis zur bedingungslosen Kapitulation des Gegners.

Internationale Verbündete werden dafür nicht unbedingt benötigt. „Be with us or against us“ ist die absolute Essenz der jacksonianischen Denkart. Weniger dicht bevölkerte Bundesstaaten der USA sind laut Hamilton vor allem den Ideen der „Jacksonians“ zugeneigt. Da nun aber der US Senat so aufgebaut ist, dass jeweils zwei SenatorInnen pro Bundesstaat im Kongress vertreten sind, bedeutet das gleichzeitig auch, dass diese kleineren Staaten, und somit die „Jacksonians“, einen relativ großen politischen Einfluss haben.

Koalitionen bilden: Der Schlüssel für eine erfolgreiche Präsidentschaft

Eine erfolgreiche Präsidentschaft zeichnet sich laut Hamilton dadurch aus, dass ein Präsident es schafft, Ideen seiner eigenen Denkrichtung mit den Ideen zumindest einer zweiten Denkrichtung in Einklang zu bringen. Erst dann können erfolgreiche Koalitionen gebildet werden, die nötige Mehrheiten erlangen – und damit den Präsidenten und seine Administration stärken.

George Bush Senior und Bill Clinton waren etwa Vertreter der klassischen „Hamiltonian“/ „Wilsonian“ Koalition gewesen, die die letzten 70 Jahre dominierte. Die Verbreitung der Demokratie in der Welt ist deshalb neben dem Fokus auf internationalen Handelsabkommen ein wesentliches Element beider Regierungen gewesen. Mit seinem Wahlkampf-Slogan „It’s the economy, stupid!“ hatte es Clinton zudem noch geschafft, die Jeffersonians mit ihrem nach innen gerichteten Blick mit an Bord zu holen. George Bush Junior wollte diese nach außen gerichtete Politik reduzieren und sich mehr aus internationalen Angelegenheiten heraushalten – bis die Terroranschläge vom 11. September 2001 passierten. Mit den Anschlägen entstand eine historisch ungewöhnliche Koalition aus „Wilsonians“ und „Jacksonians“. Während aber „Wilsonians“ mit ihren Forderungen nach einem Ende des Irak-Krieges durch die Wut der amerikanischen BürgerInnen in den Hintergrund gedrängt wurden, wurde die Kraft der „Jacksonians“ und der Krieg gegen den Terror zum bestimmenden Projekt der Bush-Regierung. Barack Obama hingegen gewann die Wahl mit einem starken Fokus auf die Ideen der „Jeffersonians“, die z.B. mit „Obama Care“ erst einmal die USA selbst auf Vordermann bringen wollten. Im Laufe seiner Präsidentschaft aber war auch Obama gezwungen, von seinen ursprünglichen Ideen abzurücken und auch die globalen Wirtschaftsagenden der „Hamiltonians“ zu berücksichtigen. Eine ehrgeizige Handelsagenda (TTIP) war die Folge.

Zuletzt ging Hamilton auf die aktuelle Lage des amtierenden Präsidenten Donald Trump ein. Dieser profitierte während seines Wahlkampfes vor allem vom Ärger der US-BürgerInnen auf die Eliten, die von „Wilsonians“ und „Hamiltonians“ verkörpert wurden. Durch deren Ambitionen, die Welt zu einem

besseren Ort zu machen, hätten sie vergessen, sich um das Wohl der AmerikanerInnen selbst zu kümmern. Trump ist ein Vertreter der „Jacksonians“, einen Koalitionspartner aus einer anderen Denkrichtung hat er jedoch nicht. Über die Gewerkschaften versuchte er, „Jeffersonians“ zu erreichen, allerdings ohne Erfolg. Eine Koalition mit „Hamiltonians“ ist durch die Auflösung diverser Handelsabkommen nicht möglich. Als „Jacksonian“ steht Trump Handelsabkommen kritisch gegenüber, da er dadurch die Souveränität der USA gefährdet sieht. Noch vielmehr widerstreben ihm aber die Ideen der „Wilsonians“, die die weltweite Ausbreitung der Demokratie zum Ziel haben. Der Erfolg Donald Trumps wird sich in Zukunft auch daran entscheiden, ob er es dennoch schafft, einen Koalitionspartner zu finden.